

großere Rede, die Herr Wulde als Minister der öffentlichen Arbeiten im Parlament hielt und eine Beurteilung des neuen Herrn in der Eisenbahnerverwaltung erforderte. Er ist sicher, als Herr Wulde sich der neue Minister, besonders gegen Arbeiter, die sozialdemokratische Behandlung sind oder gar eine auf den „Ansturz“ gerichtete Stimmung bekundeten, sprach er sich in einer Schrotflinte und Einseitigkeit aus, wie man das höchstens von dem Landwirtschaftsminister von Pöbbecke, als er noch Chef der Reichsverwaltung war, erlebt hat. Herr von Pöbbecke war Disziplingeneral. Immerhin soll der Wahrheit die Ehre gegeben und angeprochen werden, daß er auf etwas höherem geistigen Niveau als sein Kollege von der landwirtschaftlichen Fakultät steht.

Herr Wulde will in seiner Verwaltung keinen Sozialdemokraten beschäftigen. Er hält eine solche Beschäftigung offenbar mit einem Staatsbetrieb für unvereinbar. In dem Privatbetrieb, dem er vor seiner Berufung als Minister vorkam, konnte er solche Grundzüge nicht durchführen. In der Ludwig-Bismarck-Waffenfabrik sind Tausende von sozialdemokratischen Arbeitern beschäftigt. Ein neuer Kurs wird wie in der eben gedachten Beziehung auch nach anderer Richtung hin von Herrn Wulde nicht verfolgt werden. Ebenso wie Herr Wulde hat er dem Dr. Zimmermann, der im Auftrage des Vereins für Sozialpolitik eine Statistik über die Lebensverhältnisse der unteren Eisenbahnbeamten und Arbeiter anstellen wollte, die Hilfe seiner Verwaltung verweigert. Auch in bezug auf das Finanzwesen wird Herr Wulde im wesentlichen die alten Bahnen wandeln. Sympathisch berühren seine Äußerungen über die beabsichtigte Verringerung des Schweißwerks und sonstigen Vereinfachungsmaßnahmen innerhalb der Verwaltung. Einverständnis kann man auch mit der Erneuerung des schweren Oberbaus und seinen Maßnahmen für die schnelle Wüterbeförderung sein. Auf der rechten Seite erzieht der Minister uneingeschränktes Lob. Seine Ausführungen gegen die Sozialdemokratie wurden von den Konservativen mit demotivierenden Beifall begleitet, auf der linken aber mit einem Schreien aufgenommen. Das Schreien, welches am Schluß der Ministerrede auf der linken Seite, war wohl die Zustimmung für die der sozialdemokratischen Gleichberechtigung aller Staatsbürger und dem als sich gemahntesten Koalitionsrecht für alle Arbeiter im Reich stehenden Ministerworte.

Die Debatte zerfiel in einzelne Einzelheiten. Vieles wurde die Kammer vorlag, die der Minister gar nicht erwähnt hatte, besprochen. Der Minister ging auf die Kammerfrage nicht ein. Er erklärte nur, daß die große wasserwirtschaftliche Vorlage ja bei Gelegenheit der von den Konservativen eingereichten Interpellationen über die Regulierung der Stromgebiete der unteren Oder, Havel und Elbe eingehend besprochen werden würde. Gegen die Äußerungen des Ministers über seine Stellung zur Sozialdemokratie trat der Abg. Dr. v. Arnim, der freilich dem Vortrager lebhaften Protest ein. Die Frage wird noch ausführlich besprochen werden bei den Kapiteln, welche von der Beschäftigung der Lehrbeamten und Arbeiter handeln.

Ueber den Termin der Reichstagswahlen wird fortwährend von den Parteien. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hört, daß der Termin für die bevorstehenden Reichstagswahlen noch nicht festgestellt ist, da sich das Ende der Arbeiten des Reichstags noch nicht mit Bestimmtheit ablesen läßt.

Gemeinverständliche Belegungen über Typhus und Ruhr sind in der „Nordd. Allg. Ztg.“ durch das kaiserliche Gesundheitsamt verfaßt worden und im Verlage von J. Springer in Berlin erschienen. Da auf eine verständnisvolle Unterstützung bei der Bekämpfung dieser Krankheiten anzuwenden ist, so wendet sich das Gesundheitsamt mit den vorliegenden Belegungen an das Kaiserliche Gesundheitsamt. Die Belegungen enthalten auch eine Beschreibung der Typhus- und Ruhrerkrankungen, deren Verlauf und die üblichen Vorgänge der ersten Krankheitsstadien sind beschrieben. Die zur Bekämpfung der Krankheiten geeigneten Desinfektionsmaßnahmen, die Herstellung der hierzu erforderlichen Desinfektionsmittel und ihre Anwendungswiese sind genau beschrieben.

Die Tagungsarbeiten. In der Budgetkommission ist die Beratung des Jahresbudgets von Dr. Wulde nach Streitigkeiten geführt worden. Dabei hat laut Bericht der Kriegsminister geäußert: Die Verlegung des Budgets ist schon seit längerer Zeit in Aussicht genommen. Die Verhandlungen des Reichstags in Berlin sind nur als Scherz anzusehen. Die Ansicht für die Übertragung der Befugnisse des Reichstags an das Kaiserliche Gesundheitsamt ist nicht zu erwarten. Die Befugnisse des Reichstags sind bereits übertragen.

Gegenüber wurden. In der Ministerrede, daß der Reichstag Präsident von Deutschland von Reichstagspräsident sein sollte, wird es nicht angedeutet, daß es ein parlamentarisches Reichspräsidentenamt ist, Herr von Wulde aber nicht freiwillig, sondern sei durch von der Kammer zur Einrichtung eines Reichspräsidentenamt aufzufordern werden.

Der gestrige Jeser. Die Deutschen Jesuiten sind schnell geschwunden, noch am Sonntag Nachmittag sah bei den Verhaftungen der Ausführung des „E.“ eine Anzahl

richtigung des Amtsvorstehers ein, daß der Regierungsvorstand mit Rücksicht darauf, daß das „E.“ wiederholt in Berlin aufgeführt worden sei, bestimmt habe, daß das vom Amtsvorstehers erlassene Ausführungsverbot zurückzunehmen sei. Das Stück ist dann auch am demselben Abend zur Ausführung gekommen. — So schnell geht's selten.

Unfall in Sicht! Die Ausichten auf das Zustandekommen einer militärischen Hochschule haben sich neuerdings „gebeßert“. Die Konventionen haben, wie ein Berichterstatter meldet, beschlossen, der Regierungsvorlage zuzustimmen. Von Seiten des Reichstagsabgeordneten Grober und des Nationalliberalen Paasche sind Änderungsanträge in bezug auf die geplante Anstalt in der Budgetkommission eingegangen. — In der ersten Lesung der Budgetkommission stimmten die Parteien noch dagegen.

Vom Antisemitismus. Es steht nicht an Zeichen dafür, daß die antisemitische Bewegung in Hamburg ihren Höhepunkt überschritten hat. Bei einer kürzlich stattgefundenen Versammlung der Bürgervereine berichteten die Antisemiten auf eine besondere Kandidatur, trotzdem sie in dem betreffenden Bezirk bei den letzten Wahlen eine beträchtliche Stimmenzahl aufgebracht hatten, und der Bericht, welcher auf dem am 11. Februar darüber abgehaltenen Parteitag des Verbandes Nordmark der Deutschsozialen Partei erstattet wurde, enthält den beherzigten Satz: „In Hamburg selbst hatten wir einen sehr schweren Stand wegen des Brot- und Fleischmischer-Geschreies, so daß hier die Mitgliederzahl leider Gottes zurückgegangen ist, außerhalb aber hat sich die Mitgliederzahl gehoben.“ Dabei werden die Mitgliederzahlen selbst sorgfältig verzeichnet, doch wird bemerkt, daß viele Mitglieder im letzten Jahre wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage nicht hätten bezahlen können, und der Kassenbestand wird auf 593 Mark angegeben. Danach scheinen sich die Wähler gar schnell wieder verlaufen zu haben.

Schau den „zufriedenen Elementen!“ Das Berliner Landgericht verurteilte drei Koblitzer wegen Verdröhung Arbeitswilliger zu je einer Woche Gefängnis. — In Halle a. S. wurden vier unbescholtene Arbeiter, weil sie nicht mit einem amüßigen „Kollegen“ zusammenarbeiten wollten und unter Aufhebung ihrer Arbeitsniederlegung vom Unternehmer seine Entlassung forderten, von der Strafkammer wegen Vergehens gegen § 153 der C.-O. zu je einer Woche Gefängnis verurteilt! Es steht fest, daß der Ausschlag schon wegen Unerfährlichkeit von Sozialdemokraten besteht, daß er ein schlechter Arbeiter ist und Gelder, die er für die Duten gesammelt, vertrunken hat. Nichtdemokratischer müßten diese Menschen wegen vier Ehrenmänner ins Gefängnis!

In Siegen haben die Nationalliberalen, gegen welche Stöcker 1898 mit einer Mehrheit von nur wenigen Stimmen gegen den Landtagsabgeordneten Macco-Siegen als Kandidaten aufgestellt.

Für Random-Greifensjagen hat der Bund der Landwirte der Württemberg, des kaiserlichen Abg. Dr. Bräuer zustimmen beschlossen, obwohl dieser für den Sozialist gestimmt hat. Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Pöfing, Dr. v. Arnim, hat nach der „Kreuzzeitung“ erklärt, daß er aus Gesundheitsrücksichten auf die Wiederannahme einer Kandidatur verzichten müsse. — Am 11. ist schließlich geworden wegen des jetzigen Zustandes der nationalliberalen Partei, denn er gehört zu den Besten.

Ausland.

Von der Bewegung in Holland. Die Bewegungsbewegungen dauern fort. Namentlich in Amsterdam und auf der Seite Amsterdams-Gamersch werden Versammlungsversuche durch Festhalten von Seiten der Sozialisten abgelehnt. Nach dem „Telegraaf“ wurden an die Temporen Parteien, die weniger stark als von Versammlungen sind, verteilt. „Die milder“ Es besteht oblige Unklarheit über die Pläne der Regierung. Gewöhnlich gut informiert politische Kreise glauben, daß die Regierung von einer Beschränkung der Strafmittel absehen werde, dagegen einen Gegenstand zur Regelung der Zentralkontrolle einbringen werde, was die Verlegung der Gesetzgebung von der vorherigen Regierung zurückzuführen wird. Das aufkommene Ziel markieren, ist die Partei.

In der heiligen Kammer ist man, nachdem die Regierung der jenseitigen Abklärung unter sich und nach Gedacht hat, wieder in den entscheidenden ruhigen verhaltenen Debatten über das Verbot der Zigaretten ergriffen. Die Sozialisten und Demokraten haben zu dem Zweck eine Resolution eingebracht, die von den Sozialisten nicht abgelehnt werden. Die Sozialisten verlangen von Herrn Dr. Pöfing, seine die Entscheidung der Verhandlungen und der parlamentarischen Arbeiter, ferner die Gewährung der vom Reichstag für die und der Mediziner.

Das Staatsrecht der Frauen in Australien. Welche Stellung das Staatsrecht der Frauen bei den nächsten Wahlen in Australien haben wird, gibt uns der nachfolgende Zusammenfassung

der Wähler in den einzelnen Staaten hervor, die der Melbourne-Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ seinem Blatt sendet: Diese amtliche Liste giebt als berechtigte Wähler an: New-Wales 340 000 Männer, 300 000 Frauen. Victoria 300 000 Männer, 297 000 Frauen. Queensland 132 000 Männer, 101 000 Frauen. Südaustralien 93 000 Männer, 88 000 Frauen. Westaustralien 64 000 Männer, 30 000 Frauen. Tasmanien 41 000 Männer, 40 000 Frauen. Zusammen: 970 000 Männer, 856 000 Frauen

Deutscher Reichstag.

265. Sitzung. Montag, den 20. Februar 1900. Am Bundesratstisch: Graf Posadowski. Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird beim Kapitel

Gesundheitsamt

fortgesetzt. Abg. Sachse (Soz.) und Gen. beantragen in einer Resolution die Bereitstellung wissenschaftlicher Kräfte und Mittel durch das Reichsanthem in der Rubrik des Reichsanthem bestehende Kommission zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Wurmkrankheit unter den Vergleichen Berichterstaltung an den Reichstag.

Abg. Inrath (Soz.): Wenn ich wieder auf Missstände im öffentlichen Krankenpflege hier eingehe, so geschieht es, weil ich noch sehr wenig in dieser Hinsicht getan hat, weil in den Staaten kein Abgeordneter diese Angelegenheit zur Sprache in weil der Reichstag der einzige Ort ist, wo wir uns des Gebietes der Volksgesundheit annehmen können. Daß dem einzelne Vertreter mit untergeordnet sind, liegt nicht an bösen Willen. Vertreter passieren auch hochgestellten Stellen der ganze Verwaltungsapparat zur Verfügung (er erinnere nur an die Vertreter, die dem Minister v. Hamme Preussischen Landtag bei der Darstellung der Polizeischweineerläute sind (auch b. d. Nationalliberalen: Dr. v. Arnim Sie etwas gebildet aus!) Ich vermahne mich dagegen, daß keiner Standhaftigkeit diese Missstände hier zur Sprache bringt die Zahl der Krankenhäuser auch in normalen Zeiten nicht ist notorisch. Schlimmer noch als in Berlin, wo taufen fehlen, ist es in den Vororten.

Ein ganz unglücklicher Fall ist in Oberfeld vorgefallen. Dort ist einem typhuskranken Madchen mit namal Wasser worden; als es dann aufgefunden ist, um sich selbst zu holen, ist es vor Schwäche umgefallen und hat sich am Kopf auf die darauf ergangene Beschwerde hieß es kurzerhand stehenden Krankheiten brauche die Schwester nicht zu den hinzugehen. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch in Berlin! Sagen schlimmer, als die Mitgliedern gegeben worden vieljährige Tochter eines Schlossers dürfte sich im Pavillon Städtischen Krankenhauses eine bösartige Krankheit geholt (Hört, hört! bei den Soz.) Geradezu himmelstreichende Zustände endlich vorgenommene Untersuchung in der Umgebung des Dr. Pöfing in Altenbeck im Park zutage gefördert. fröhliche Schwefelbäder, die es dort geben sollte, war nicht denken; das Essen war außer mangelhaft; die Kranken häufig hungern; Raucherstunde wurden in einem eisernen Tabakampf erstickt kaum untersucht. Hauspersonal gab die Mitglieder der Krankenkassen, die dort untergebracht hatten die Hausarbeit zu besorgen. Dierzehn Jahre hindurch Dr. Pöfingus sein Handwerk treiben können. Wo die Rektion?

Was ich im vorigen Jahre über die künftigen 1 sagte, mußte ich aufrechterhalten, zumal Graf Posadowski was allgemeine Maßnahmen nur entgegen. Die Kassen sind über einem Herdeshall untergebracht; das ist es dort nicht. (Hört, hört!)

Die Missstände beim Pflegepersonal wurzeln vor allem Mangel an Schulung, in der schlechten Bezahlung, in der schlechten und miserablen Verpflegung des Personals. Ewige Rotation unter dem Wärfpersonal, das aus allen mündlichen Aufstellungen Zusatz erhält. In Hamburg ist jüngst eine Lösung vorgenommen: sie ergab, daß die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit über 14 Stunden, der durchschnittliche Monatslohn Wärf 35 70 Mk. für das männliche, 32 85 Mk. für das weibliche Pflegepersonal beträgt.

Die Gezeiten müssen von der Regierung gezwungen werden gründliche Reform an Haupt und Gliedern der Heilanstalt vorzunehmen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ärzte ohne Praxis, aber nicht abgetanste Weltweil müssen an der Spitze, in der technischen Verwaltung der Krankenhäuser stehen; die Zahl und Behandlung des Pflegepersonals muß einer gründlichen Überlegung unterzogen werden. Von Grund auf geändert werden muß das System der Anstellungen. Es dürfen vorher nicht befördert werden, wenn man es, wie es im vorigen Jahre im vollen gütigen Zustande am Städtischen Krankenhaus gesehen ist: Man nimmt vorher eine gründliche Reinigung vor, sodas, wenn ein Revisor kommt, alles in Ordnung ist, und verfällt hinterher wieder in den alten Schandtrieb. Kostbar muß auch die Drangsalieren der Pöfing wegen Jugendigkeit zur Organisation, wegen deren

Aus aller Welt.

Was sich die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. In einem Schreiben „Der Kaiser ist da“ enthält die „Nordd. Allg. Ztg.“ eine Reihe von „unpartheiisch getragenen“ Überlegungen zum Reichstag. Der Kaiser von Deutschland, der sich nicht scheut, die Reichstagsarbeiten in der Reichstagskammer zu besuchen, an dem ich mich lobend äußere. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist nicht wenig, wenn man bedenkt, daß die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen. Das ist das, was die Organe der Kirche gegen den Staat erlauben dürfen.

dem genannten Institute erst kürzlich zwei verheiratete Leute entlassen sind. (Hört, hört! bei den Sog.)

Alle Einzelheiten wurzeln in einer Sparsamkeit, die immer da angewandt wird, wo es sich um Wüstenbegüterung handelt. Das Wort, daß jeder Arbeiter eine gewisse Existenz habe, ist nichts als ein Märchen. Es trifft nicht zu für den gesunden, und noch weniger für den kranken Arbeiter. So lange ich dem Reichstage angehöre, werde ich jede Gelegenheit benutzen, immer wieder auf die Zustände hinzuweisen, bis eine Besserung geschaffen wird. (Beif. Bravo! h. d. Sog.)

Staatssekretär Graf Voskresenski: Wenn man bedenkt, daß das Winterpersonal aus ungebildeten Kreisen sich rekrutiert und daß es oft sehr heimtückische Kränke giebt, so sind Fälle von Mißhandlung der Tiere, wie sie leider oft vorkommen, zwar nicht zu entschuldigen, aber zu begreifen. So lange ich Verantwortung unter meiner Aufsicht gehabt habe, habe ich stets darauf gehalten, daß der betreffende Wärter entlassen wird. Im Allgemeinen stehen aber unsere deutschen Anstalten auf einer sehr hohen Stufe.

Heber alle die Klagen, die Abg. Antrich im vorigen Jahre hier vorgebracht habe, sind auf meine Anregung von den betreffenden Regierungen Untersuchungen angestellt worden. Auf alle Einzelheiten kann ich natürlich hier nicht eingehen. Im Institut für Infektionskrankheiten sind jetzt besondere Beobachtungsstellen für die Kadaver der infizierten Tiere eingerichtet worden. Sowie Sie überzeugt, daß die preussische Regierung alles Mögliche zur Beseitigung der Missethäter tut wird.

Abg. Schrader (freis. Vgg.) erklärt viele der Beschwerden des Abg. Antrich für nicht zureichend, befreit aber, daß die meisten der hier vorgebrachten Tatsachen zur Kompetenz des Reiches gehören. Bessere Ausbildung, Bezahlung und Behandlung der Krankenwärter ist ebenso wertvoll wie notwendig. (Bravo! links.) Redner geht dann etwas näher auf die Geschichte der Krankenpflege in Deutschland ein.

Abg. Hoffmann-Poll (libd. Vp.): Die Klagen über die mangelhafte Ausbildung und Besoldung des Krankenpflegepersonals sind durchaus begründet. Auch die Besoldung ist sehr schlecht gestellt; so erhält ein Lehrling für 12000 Mark, ein Praktikant für 2000 Mark. Die Besoldung der Krankenschwestern ist nur wenig höher als die der Krankenschwestern. Die Krankenschwestern können ja ruhig ihre Dienste treiben, wie ja der Preussische Landtag wieder bewiesen hat.

Abg. Dr. Vangerhaus (freis. Vp.): Die Ausbildung von Krankenpflegepersonal ist bei uns in Berlin bereits organisiert. Heber viele Klagen des Herrn Abg. Antrich habe ich mich sehr gemindert. Darüber, wie viel Kranke ein Arzt behandeln kann, können allen Ärzten ein maßgebendes Urteil abgehen. Was den Mangel an Krankenschwestern betrifft, so wird schon jetzt wieder ein nach meiner Meinung sogar zu großes Krankenhaus in Berlin gebaut. Die Krankenschwestern stehen oft zu einem Drittel leer. Das Revisionen vorher angeordnet werden, befreit ich auf Grund meiner Informationen entschieden. Herr Antrich ist Vorsitzender der Berliner Filiale der Krankenpflegeorganisation; er darf aber in der Vertretung der Interessen dieses Berufes nicht so weit gehen, unbedachte Angriffe gegen die mit Gewissenhaftigkeit ihres Amtes waltende Berliner Stadtverwaltung zu richten.

Abg. Singer (Sog.): Herr Dr. Vangerhaus hat sich ein Märchen ausdenken lassen, mein Freund Antrich ist nicht Vorsitzender der Krankenpflegeorganisation. Auch als Vize kann man nicht einsehen, daß es zwei ist, wenn 400-500 Krankenschwestern einem einzigen Arzt unterstellt sind. In öffentlicher Stadtverordneten-Versammlung ist festgestellt worden, und zwar unter Zustimmung des Magistratskommissars, daß die Verwaltung der Krankenschwestern auf eine Frage der Heilungs-Gesellschaft, ob Beuten frei sein, die unwahre Antwort gegeben habe, daß keine frei seien. (Hört, hört!)

Abg. Baumgarten (freis. Vp.): bemängelt, daß der vorstehende Resolutionsentwurf — wohl aus Furcht vor der unvorstellbaren Wahrheit — nicht frei sei. Was Herr Antrich über die mangelhafte Ausbildung des Winterpersonals sagte, war vielfach aufzufassen; unter 1100 sonstigen Ausführungen berühren manche auf veralteten Angaben.

Abg. Antrich (Sog.): Auf die vom Berliner Arzt Dr. Unger angegebene Ueberfüllung der städtischen Krankenhäuser ist Herr Dr. Vangerhaus nicht eingegangen. Mit der Organisation der Krankenschwestern und Krankenschwestern habe ich mich zu tun; ich vertere viel weitergehende, sich auf das ganze Gebiet der Krankenpflege erstreckende Forderungen.

Abg. Sachse (Sog.) begründet die Resolution zur Bekämpfung der Wurmkrautheit. Die Verordnungen der Behörden, wonach genügende Waid-einrichtungen und Abwehrmittel vorhanden sein müssen, werden vielfach nicht beachtet. Manchmal gleichen die Waid-einrichtungen geradezu Schweinefäulen. In der Beside Elbe-Verordnungen sind jetzt wieder 334 Leute von der Krankheit angefaßt. Redner fordert Aufrechterhaltung für die Bergarbeiter in deutscher und polnischer Sprache. Die Hauptsache ist und bleibt gutes Trinkwasser in den Gruben. (Bravo! bei den Sog.)

Abg. Sildt (natl.): Redner muß ich dem Abg. Sachse Recht geben, daß die Wurmkrautheit in der letzten Zeit sehr zugenommen hat. Man nimmt an — sicher ist es aber noch nicht — daß die zur Beseitigung der schlagenden Wetter vorgenommenen Veränderungen den Vorden einen guten Nährboden gewährt. Ich schlage vor, in den betroffenen Gruben provisorisch die Verhältnisse einzustellen. Besondere Maßnahmen zur Bekämpfung der Krankheit zu bewilligen, erscheint mir überflüssig; die Bergwerksverwaltungen werden die Stellen sehr gern selbst tragen. (Aufe bei den Sog.: Na, na!) Ja, Wesselschön kommt ein Abort auf 10 Bergarbeiter; ich glaube nicht, daß im Reichstage, wo wir ja sonst mit Aborten versehen sind, auf 10 Abgeordnete ein Abort kommt. (Beif. links.) Ich bitte den ersten Teil des Antrags anzunehmen, den zweiten aber abzulehnen. Die Krankenschwestern macht jedes Jahr einige Millionen Ueberschüsse und kann viel zur Bekämpfung der Krankheit beitragen. (Sog.) sollten die Bergwerksbesitzer etwas weniger zu den Kosten als die Arbeiter, aber die Arbeiter haben doch auch den Hauptanteil von der Krankheitslast. (Bravo! bei den Natl.)

Preussischer Handelsminister Müller befreit gegenüber dem Abg. Sachse, daß die Behörden in irgendwelche Untereinstufungen in die Hände zu Schanden kommen lassen. Die schreckliche Explosionskatastrophe reuifertigte es, daß die Verhältnisse entgegen dem Widerspruch der Ärzte vorgenommen wurde. Der Antrag Sachse ist nach allem, was geschehen ist, überflüssig. Der Abg. Sachse erzieht sich ein großes Verdienst, wenn er, wie es bisher amerikanischen Weise in der „Bergarbeiter-Zeitung“ geschehen ist, die Arbeiter darauf aufmerksam macht, daß in die Abwehrmittel zu benutzen. Ich bitte jedenfalls diese traurige Angelegenheit nicht für die Wahlen fruchtbar zu machen. (Beif. b. d. Natl.)

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Sachse (Sog.) verläßt das Haus die Beratsammlung auf Dienstag 1 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Partei-Presse. In einer Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den 5. Berliner Wahlkreis wurde von einem Presskommissionsmitglied angesetzt: Der Stand unserer Presse ist wohl niemals so befriedigend gewesen wie jetzt. Die beispiellose Verfolgung, die gegen den „Vorwärts“ getrieben wurde, hat jedenfalls zu dem gewaltigen Aufschwung beigetragen. Die Zahl der Abonnenten ist auf 69,946 gestiegen, wovon jetzt 61,000 auf Berlin kommen. Die Zahl der auswärtigen Abonnenten stieg in den letzten vier Monaten von 3000 auf 7000.

Der Tätigkeitsbericht der Sozialdemokratischen Partei Wadens für 1902 läßt eine rege Parteiarbeit erkennen. Neben der regeren Parteiarbeit wurde auch durch Verdrängung von Mitgliedern in Massenlagen und älterer geistiger Partei-

Schriften für unsere Ideen gewirkt. Im Unterland erschien in Einzelauflagen von 5000-12,000 Exemplaren allmählich der in Mannheim herausgegebene „Arbeiter- und Bauernfreund“, dessen Auflage sich auf insgesamt etwa 100,000 stellt. Dann wurde ein größeres Blatt, enthaltend die Zeitschrift des 25. Oktober, in einer Auflage von 200,000 Exemplaren verbreitet. Hocherfreulich waren die geradweg überraschenden Erfolge, die die Partei bei den Gemeindevahlen in Stadt und Land errang. In mindestens 25 Ortschaften, hauptsächlich im Mittel- und Unterlande, aber auch auf dem Schwarzwalde, eroberten wir die dritte, in einer ganzen Anzahl auch die zweite Klasse des Bürgerausschusses. Die Gewerkschaftswahlen brachten uns überall ohne Ausnahme den Sieg. — Die Landesorganisation wurde durch Ausgliederung von 14 neuen Mitgliedern (insgesamt jetzt 88) erheblich erweitert. Die Einnahmen und Ausgaben der Landesklasse balanzieren mit 4071.96 M. Der Vermögensstand betrug am 1. Januar d. J. 719.97 M. gegen 675.77 M. am selben Tage 1902.

Die Mitgliederzahl des Sozialdemokratischen Vereins für den 23. h. h. Wahlkreis Reichstags-Wahlkreis hat sich von 820 im Januar 1902 auf 1117 im Dezember gehoben. 1167 neue Abonnenten hat der „Volksfreund“ die Werberarbeit unserer Parteigenossen in den letzten Tagen gebracht. Gehet hin und turt bezügl. eich.

Die sozialdemokratische Partei Ungarns hält ihren diesjährigen Parteitag am 12., 13. und 14. April in Budapest ab. Außer den geschäftlichen Angelegenheiten stehen auf der Tagesordnung Parteiprogramm, Organisationsstatut, Stellungnahme zur Wirtschaftspolitik des Landes und die Sozialpolitik.

Arbeiterbewegung.

Die Zahl der deutschen Gewerkschaftskartelle bezw. Gewerkschaftskommissionen beträgt nach der neuesten Aufstellung der Generalkommission 407. Die Zunahme seit Oktober 1902 beträgt 15 und zwar sind seit jenem Zeitpunkt 16 Kartelle neu ins Leben getreten, während 1 Kartell eingegangen ist. Die neu errichteten Kartelle befinden sich in Bielefeld a. M., Fellinghausen bei Kreuzthal, Grottel, Grottel, Kronach, Landau i. B., Naumburg, Solingen, Seiffenröder, Stargard, Tangermünde, Thora, Umma, Velschau und Zuffenhausen, während das frühere Kartell zu Döbstock aufgelöst worden ist.

Die Lohnbewegung der Schriftlicher in Offenbach und Frankfurt a. M. ist beendet. Die Arbeiter haben sich im wesentlichen mit den Angeboten der Unternehmer einverstanden erklärt. Danach tritt am 1. März die 8 1/2 stündige Arbeitszeit, die auch für die Arbeiterinnen gilt, und der Mindestlohn von 27.50 M. in Kraft. Für die Afordarbeit soll der bei der Firma Stempel bestehende Tarif allgemein anerkannt werden. Der Tarif soll auf 5 Jahre gelten. Am Mittwoch soll die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Der Tarifvertrag für das Stuttgarter Bangeiserverein ist jetzt von den beteiligten Organisationen, nämlich bei den Maucern, Zimmerern und Steinhausern angenommen worden. Nach dem Vertrage beträgt der Lohn für gelehrte Maucern und Zimmererstellen: bei Junggelehrten von 32 Pfennig aufwärts bei Gelehrten über 20 Jahre alt von 40 Pfennig, bei tüchtigen Gelehrten 44 bis 46 Pfennig. Der Lohn für gelehrte Steinhauser beträgt 46 Pfennig auf ihre (Alter) 40-50 Pfennig pro Stunde.

Den Oajuarbeitern in Danzig ist seitens des Arbeitervereins der bestehende Arbeitsvertrag zum 15. März gekündigt. Die Arbeiter wollen einen neuen Tarif einführen, der am 1. März in Kraft tritt. Es ist möglich, daß es aus diesem Grunde zu einem Streik der Oajuarbeiter kommt. Die Organisation der Oajuarbeiter versucht uns deshalb um Fernhaltung des Zuganges nach Danzig.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 24. Februar.

Ueber das Eindringen des amerikanischen Tabaktruffs in Deutschland ist seit einiger Zeit nicht nur die Presse, sondern auch die Tagespresse voll. Es werden die Erfolge geschildert, die der Truff in England zu verzeichnen gehabt, es wird in Aussicht gestellt, daß über kurz oder lang auch das deutsche Geschäft in den Händen der Amerikaner sein werde. Geht man aber den Gerüchten über die Pläne des amerikanischen Tabaktruffs näher auf die Spur, so bleibt vorläufig nichts weiter übrig, als daß Mittelspersonen für den Truff eine der größten deutschen Zigarrenfabriken erwerben wollten. Diese Absicht ist aber gescheitert. Dem Truff sollen dann kleinere Fabrikanen ihre Betriebe angeboten haben; von diesen Angeboten wollte aber dann der Tabaktruff seinerseits keinen Gebrauch machen. Wir würden an dieser Stelle kaum auf die Angelegenheit zu sprechen kommen, wenn nicht von Arbeitgeberseite die Arbeiter gegen den Truff mobil gemacht würden. Es wird nämlich so dargestellt, als ob für den Fall, daß der amerikanische Truff keine Absicht verwirklichen würde, die maschinelle Fabrikation in höherem Grade als bisher im Tabakgewerbe eingeführt und die gesamte Zigarren- und Tabakindustrie in verhältnismäßig wenigen Großbetrieben zentralisiert werden würde. Dadurch sollen dann Zehntausende bis jetzt in der deutschen Zigarrenindustrie beschäftigte Arbeiter brotlos werden.

Nun müssen wir offen gestehen, daß eine Zusammenfassung der Zigarrenindustrie in relativ wenigen Großbetrieben einen so eminenten wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt für den Arbeitsmarkt bedeuten würde, daß man dafür auch erhebliche vorübergehende Nachteile mit in Kauf nehmen könnte. Aber selbst wenn der Zigarrentruff seine Absicht erreicht, so wird die Umwandlung keineswegs in so schneller Weise vor sich gehen, daß die angebotenen Massenentlassungen eintreten würden. Die Arbeiter haben daher unseres Erachtens zunächst gar keinen Anlaß, für ihre Gesamtlage in den Absichten des amerikanischen Truffs eine besondere Gefahr zu erblicken. Ob aber das Kapital, das in der Zigarrenindustrie steckt, deutsches oder amerikanisches ist, kann den Arbeitern ganz und gar gleichgültig sein. Es scheint nämlich so, als ob man in gewissen Kreisen nur deswegen die Arbeiter gegen den amerikanischen Truff mobil machen wollte, um die in der Zigarrenindustrie stehenden Kapitalwerte möglichst hinaufzutreiben und wie in England ein möglichst günstiges Abkommen für die deutschen Fabrikanten und Händler zu erzielen. Zur Verwirklichung eines solchen Planes aber die Hand zu bieten, dazu sind die in der Zigarrenbranche beschäftigten Arbeiter nicht zu haben.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 26. Februar, wird zunächst in gemeinschaftlicher Sitzung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung die Erziehung eines Provinzial-

tags-Abgeordneten anstelle des ausgeschiedenen Geheimen Regierungsrats, Bürgermeisters von Hesse auf die Zeit bis Ende Dezember 1905 vornehmen. Von wichtigeren zur Verhandlung kommenden Gegenständen sind zu nennen die Festsetzung des Fischlinienplanes für Anlegung einer Straße durch den Nienbergshof, desgleichen für die Schützenstraße, von der Köpfgasse bis an die Dörflerstraße, sowie eine anderweitige Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen der Stadt und dem Hundsfänger Heinrich Hügler, betr. die Ausübung des Hundefanges im Stadtbezirk.

* Zentrum und Arbeiterkandidat. In nächster Zeit wird das Wahlkomitee der Zentrumspartei für den Wahlbezirk Deuthen-Rattowitz-Darnowitz-Zabrze zu einer Beratung in Deuthen zusammentreten. Es heißt da unter anderem:

Ob an der Kandidatur des früheren Bergmanns Kroll in Darnowitz wird festgehalten werden können, ist noch zweifelhaft, trotz warmer Empfehlung des bisherigen Abgeordneten Amtsgerichtsrats Kretschka. Es macht sich selbst von katholischer Seite eine Stimmung gegen Kroll bemerklich. Ob derselben wird Rechnung getragen werden können, wird der künftige Donnerstag entscheiden.

Danach scheint also die Zentrumspartei — die sich zuerst nicht genug mit ihrer Arbeiterkandidatur brüsten konnte — den Bergmann Kroll fallen lassen zu wollen. Zweifelloos wird aber wohl die gemäßigtere polnische „Kathol.“-partei auf der Kandidatur Kroll's bestehen bleiben, weil sie leichten als einen Kompromißkandidaten betrachtet.

* Zu den Reichstagswahlen. In einem „Eingekandt“ der „Brodauer Zeitung“, Publikationsorgan für sämtliche Amts- und Gemeindevorstände des Landkreises, wendet sich „Ein Eisenbahnbefahrer“ mit aller Entschiedenheit gegen die vom Vunde der Landwirte erfolgte Wiederaufstellung des Abgeordneten von Limburg-Sturum als Reichstags-Kandidaten für den Wahlkreis Breslau (Land)-Neumarkt. Es heißt in diesem „Eingekandt“ u. a.: „Gott behüte uns vor einem Zukunftsstaate Deuels, aber der Himmel bewahre uns Arbeiter und die unteren Klassen auch vor dem Regiment Kanig, Kardorff und Stirum.“

Das ist deutlich. Ob es aber wohl etwas nützen wird? Die Stirum und Konforten führen ihr Schreckensregiment auf Kosten derer, die bekanntlich nicht alle werden. Die Furcht vor dem Zukunftsstaat wird so groß nicht sein.

* Ist das möglich? So muß man sich fragen, wenn man davon hört, daß Menschen verendet aufgefundene Krähen essen könnten. Und doch muß es wohl möglich sein, denn wir finden im „Wüsten-giersdorfer Grenzboten“ folgendes Inserat:

Es werden auf Kaufmann'schem Territorium in nächster Zeit zur Vertilgung der Krähen giftbaltige Broden ausgeworfen werden, welche bloß den Krähen schaden sind, jedoch ungeschädlich sind. Wer solche Krähen tot findet, sie ja nicht essen zu wollen. Dies wird hiermit bekannt gemacht vom Kaufmann'schen Waldwarter A. Wittwer.

Diese öffentliche Warnung enthält zweifellos das Zugeständnis, daß zuweilen Leute tot aufgefundene Krähen essen. Wie unendlich tief muß der Ernährungszustand des Volkes stehen, wenn der Gedanke auch nur in ernste Erwägung gezogen werden muß. Allerdings leben wir in einer herrlichen Welt und einem noch herrlicheren Zeitalter!

* Zwei für Hunderte. Vor kurzem, an demselben Tage, erschienen zwei besonders hilfsbedürftige Personen im Deuthener Sekretariat. Galla aus Kopsberg bei Deuthen und Grela aus Agneschütte bei Rattowitz. Galla, ein großer aber kränzlich aussehender Mann, der nach einem Unfälle, für den er Nente nicht erhalten hat, arbeitslos ist seit Jahr und Tag, hat sich auch um die Invalidenrente beworben, diese Sache ist noch nicht erledigt. Sämtliche Sachen hat Galla verkauft, nur die Betten nicht. Er erhielt nach langem Hin und Her 10 Mark Unterstützung aus der Armentasse. Dieser Betrag konnte es jedoch nicht verhindern, daß zwei seiner drei Kinder vor Hunger und Kälte starben; für diese Verminderung der Familie bedachte der Vorsitzende des Armentverbandes die Familie Galla mit der Herabsetzung der Unterstützung von 10 auf 7 Mark; vor dem Tode der Kinder betrug die Unterstützung pro Tag und Kopf 6.6 Pfennig, nach dem Tode stieg sie auf 7.7 Pfennig. Man nennt diese Unterstützungslage „genügend“; nach ober-schlesischen „armenrechtlichen Grundsätzen“ sind sie es, in Wirklichkeit reichen sie doch nicht zur Erhaltung der Existenz. Beweis: Der Tod der Kinder Gallas. Galla wohnt natürlich in einer Kellerwohnung, klein, finster, feucht.

Grela ist 43 Jahre alt, erhält auch noch nichts für die Verminderung seiner Erwerbsfähigkeit durch einen Unfall, hat 9 Kinder, von denen zwei sich selbst erhalten, sieben unter 15 Jahren sind. Zwei dieser Kinder sind krank; der Armentverband hat jede Hilfe abgelehnt, wahrscheinlich ebenfalls nach „ober-schlesischen armenrechtlichen Grundsätzen.“ Die Grubverwaltung, unter der Grela zuletzt gearbeitet hat, verweigert ihm die Beschäftigung mit leichter Arbeit; andere Verwaltungen weisen Grela zurück; er solle dahin gehen, wo er verunglückt sei.

So geht es hier Tag für Tag; die Ermittionen nehmen immer mehr zu; schon stellen sich ansteckende Krankheiten ein. Und trotzdem heißt es in der ober-schlesischen Korrespondenz eines Herrn Grabow in Rattowitz: es fehlt an Arbeitern, die Arbeitslöhne stehen so hoch, wie zur Zeit der Hochkonjunktur; die ober-schlesischen Bergleute binnamen zu zwanzig Prozent. Auch die Zentrumspresse weiß nichts von der Wahrheit in Oberschlesien. Die „Schlesische Volkszeitung“ hatte den Mut, den Grabow'schen Bericht abjudrucken.

* Achtung, Töpper! Die Firma Gieszi sucht durch Inserate Töpper. Wir machen die Kollegen aufmerksam, daß sich die Steingutarbeiter genannter Firma im Auslande befinden. Wir warnen daher die Kollegen,

